

Soziale Gerechtigkeit stärken

- Bündnis für Soziale Gerechtigkeit in Hessen fordert eine inklusive Sozialpolitik

Weltweit sind derzeit über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Kriegen, politischer und rassistischer Verfolgung, Diskriminierung und wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit. 2015 wurden bislang eine Millionen schutzsuchende Menschen in Deutschland registriert, 425.000 von ihnen haben bisher einen Antrag auf Asyl gestellt. Das Land Hessen rechnet in diesem Jahr mit mehr als 70.000 Flüchtlingen.

Die Unterbringung der zu uns fliehenden Menschen stellt eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft dar. Ehrenamtlich Aktive, Verbände, Vereine und Unternehmen arbeiten gemeinsam mit politisch Verantwortlichen darauf hin, Menschen angemessen unterzubringen und ihnen eine Perspektive zu bieten.

Die große Zahl der bei uns Schutz suchenden Menschen deckt dabei auch Notstände auf, die lange Zeit moniert, aber nicht behoben wurden. So stocken seit Jahren die Investitionen, liegt der soziale Wohnungsbau brach, werden Beschäftigte im Öffentlichen Dienst abgebaut. Zudem wurde jahrelang die schlechte finanzielle Ausstattung der Kommunen billigend in Kauf genommen. Die logistische und finanzielle Überforderung, die nun beinahe allerorten in Hessen beklagt wird, die Probleme mit der Unterbringung, die Wohnungsnot und der Personalmangel bei der Bearbeitung von Anträgen sind so zu einem Teil hausgemacht.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat im April 2015 den Investitionsstau im Bereich Infrastruktur auf 156 Milliarden Euro beziffert. Notwendige Investitionen in Soziales und Bildung wurden versäumt. Die Anzahl der Sozialwohnungen wurde seit 1990 von 4 auf 1,5 Millionen reduziert. Es fehlt an Lehrerinnen und Lehrern, an Schulräumen, an Maßnahmen zur Verbesserung der Inklusion, an Pflege, an sozialer Beratung und Qualifikation, an Personal- und Fachleuten in den öffentlichen Verwaltungen, an öffentlichen Transportmitteln, an Arbeitsmarktprogrammen, an sozialem Wohnungsbau und an vielem mehr.

Der Aktionsplan der Hessischen Landesregierung zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dass weitere Schritte nötig sind, haben verschiedene politische Parteien unlängst deutlich gemacht.

Doch es bedarf noch mehr:

1. Die in Hessen Schutz suchenden Menschen brauchen dringend eine einheitliche Gesundheitskarte. Diese verbessert nicht nur die medizinische Versorgung der Flüchtlinge, sondern erleichtert auch den Verwaltungsaufwand der Kommunen. Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen haben es vorgemacht: Die Gesundheitskarte funktioniert. Sie ist auch in Hessen gefragt und sollte umgehend eingeführt werden.
2. Die sprachliche Aktivierung der zu uns geflohenen Menschen muss weiter verbessert werden. Sprache erschließt Welten. Sie eröffnet Horizonte und schafft Verbindungen. Die sprachliche Förderung von Flüchtlingen darf keine Einmalmaßnahme bleiben. Sie ist auf allen Ebenen auch zeitlich gesehen zu intensivieren. Das heißt: Sprach- und Integrationskurse sollten für alle schutzsuchenden Menschen bei uns von Anfang an angeboten werden. Und die bestehenden Angebote von Sprachkursen müssen besser koordiniert werden.
3. Flüchtlinge in Hessen müssen in besonderer Weise vor Gewalt und Diskriminierung geschützt werden. Der beachtliche Anstieg von gewaltsamen Angriffen auf Asylbewerberunterbringungen in Hessen im laufenden Jahr ist ein deutliches Alarmsignal. Hellwach heißt es jetzt, den Schutz zu bieten, den die Menschen, die zu uns gekommen sind, suchen.

Hierzu gehört in besonderer Weise auch ein Gewaltschutzkonzept für Frauen und Kinder. Gewalt und Diskriminierung ist in jeder Form entgegenzutreten – und sei es, dass sich „nur“ sprachlich in diese Richtung geäußert wird.

4. Die zu uns gekommenen Menschen benötigen eine unabhängige Verfahrensberatung und eine ausreichende psychosoziale Versorgung. Ein Dach über dem Kopf und etwas zu essen, mag für den Moment helfen. Die Bewältigung erlebter Traumata, die Orientierung in einer neuen Umwelt und die Klärung des aufenthaltsrechtlichen Status benötigen jedoch fachlich kompetente Begleitung. Ohne eine unabhängige Verfahrensberatung und eine ausreichende psychosoziale Versorgung bleiben die schutzsuchenden Menschen auf sich gestellt. Integration bedarf einer professionellen Begleitung und Beratung, sonst kann sie nur schwerlich gelingen.

Die genannten Punkte verweisen auf ein übergeordnetes Ziel:

Die Forderung nach einer inklusiven Sozialpolitik. Die jetzt aufgelegten Maßnahmen für Flüchtlinge dürfen nicht nur als Sonderprogramm für Schutzsuchende verstanden werden, sondern müssen einmünden in eine umfassende inklusive Sozialpolitik. Das bedeutet, dass in allen Maßnahmen, sei es im Bereich Wohnen, Bildung oder Arbeit, die gesamtgesellschaftlichen Perspektiven mitzudenken sind. Ein eingeschränkter Blick nur auf Flüchtlinge, der nicht auch andere Bevölkerungsteile mitdenkt, wäre kontraproduktiv für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn Integration ist eine Aufgabe aller.

Zudem ist vor operativen Schnellschüssen zu warnen, die eventuell momentan kurzfristig helfen, aber langfristig mehr schaden als nützen. Gerade jetzt ist eine umfassende Gesamtbetrachtung der gesellschaftlichen Lage angezeigt, bei der Ziele und Standards einer nachhaltigen Integrations- und Beteiligungspolitik gemeinsam definiert und in ihrer Umsetzung geplant werden. Die sich abzeichnende Wandlung unserer Gesellschaft stellt eine Herausforderung dar, die uns auch in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Grund genug, heute schon in die Zukunft zu schauen und diese so zu gestalten, dass die gleichberechtigte Teilhabe und Anerkennung aller jetzt und in Zukunft realisiert wird.

Info: Bündnis für Soziale Gerechtigkeit

Das Bündnis für Soziale Gerechtigkeit in Hessen wird von rund 30 Organisationen getragen, die sich gemeinsam für eine gerecht gestaltete Gesellschaft einsetzen. (Eine Übersicht über die Organisationen finden Sie unten.) Ziel des Forums ist es, sozialrelevante Fragestellungen gemeinsam im öffentlichen Raum zu diskutieren und Impulse für die hessische Landespolitik zu geben. Die Geschäftsführung des Bündnisses liegt derzeit bei Dr. Felix Blaser, Diakonie Hessen.

Folgende Organisationen tragen gemeinsam das Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen:

- * Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisatoren in Hessen (AGF)
- * Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Hessen Süd e. V.
- * Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Hessen Nord e.V.
- * Blinden- und Sehbehindertenbund in Hessen e. V.
- * Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e. V. (BSK), Landesverband Hessen
- * Caritasverband für die Diözese Limburg e. V.
- * Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V., Landesverband Hessen
- * Deutscher Mieterbund, Landesverband Hessen e. V.
- * Deutsche Retinitis Pigmentosa Vereinigung e.V. Region Frankfurt
- * Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPWV), Landesverband Hessen
- * DGB-Bezirk Hessen-Thüringen
- * Diakonie Hessen - Diakonisches Werk in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck e.V.
- * Diakonische Gemeinschaft Hephata
- * EAN Ev. Arbeitnehmer
- * Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen, EPN Hessen e. V.
- * Elternbund Hessen e. V.

- * Hessische Arbeitsloseninitiativen, ALI Gießen
- * Hessischer Jugendring
- * Katholische Akademie Rabanus Maurus, Bistum Limburg
- * Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB), Diözesanverband Mainz
- * Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB), Bezirksverband Rhein-Main
- * LAG Soziale Brennpunkte Hessen e. V.
- * Landesarbeitsgemeinschaft Hessen, Selbsthilfe behinderter und chronisch kranker Menschen e. V.
- * Landesverband der Jüdischen Gemeinden
- * Referat Wirtschaft, Arbeit und Soziales der Ev. Kirche in Kurhessen-Waldeck
- * Sozialverband VdK Hessen-Thüringen e.V.
- * Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Landesverband Hessen e. V.
- * Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte
- * Zentrum Bildung der Ev. Kirche in Hessen und Nassau
- * Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Ev. Kirche in Hessen und Nassau.